

Inserate werden angenommen  
in Bösen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Herr A. Schles, Hofflieferant,  
Gr. Gerber u. Breitestr. Ede,  
Olo Siekli, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:  
F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bösen.

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal, an den Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bösen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabehäuser der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Nr. 47

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Donnerstag, 19. Januar.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bösen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen und Rose, Haasenstein & Vogler, S. & J. Danke & Co., Invalidendienst.

Verantwortlich für das Inseratenthell:  
F. Klugkist in Bösen.

1893

Inserate, die schmalenste Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erwähnung für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Hilpert erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Antrages Ackermann (konf.) und Genossen, betreffend den Befähigungsnachweis u. s. w. in Verbindung mit der ersten Berathung des von dem Abg. Rintelen (Btr.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Konföderation, des Antrages Gröber (Btr.) und Genossen, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Verbot des Spirituosenhandels seitens der Konsumvereine) und des Antrages Gröber (Btr.) und Genossen, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird zunächst verhandelt über die Theile des Antrags Ackermann, welche sich auf den Befähigungsnachweis und die Innungssprivilegien beziehen.

Abg. Ackermann (konf.): Seit nahezu zwanzig Jahren kämpft die konservative Partei für das Handwerk. Sie wird in diesem Kampfe nicht erschlagen, bis das gesteckte Ziel erreicht ist. Seit einiger Zeit wird sie von einer anderen mächtigen Partei unterstützt. Auch die übrigen Parteien haben erklärt, daß sie dem Handwerk nicht feindlich gegenüberstehen. Sie haben heute Gelegenheit, Ihre Erfahrung zu bestätigen. Wenn wir mit unseren Bestrebungen keinen Erfolg erzielen, muß Unzufriedenheit in den Handwerkerkreisen entstehen, und wer den Nutzen davon hat, braucht nicht erörtert zu werden. Schon früher haben wir den Befähigungsnachweis verlangt. Die Gründe für und gegen sind schon so oft erörtert worden, daß Neues kaum mehr begebracht werden kann. Dem Bedenken, daß zwischen gewissen verwandten Gewerben schwer getrennt werden kann, sind wir diesmal so weit entgegen gekommen, daß wir den Befähigungsnachweis unter Zusammenlegung der verwandten Gewerbe zur Voraussetzung für die Erlaubniserteilung zum Geschäftsbetrieb machen. Weiter beantragen wir, daß die Vorrechte der Innungen mit zugleich aus § 100e der Gewerbeordnung geltend gemacht werden dürfen gegen diejenigen Arbeitgeber, welche zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind. Mit dieser Bestimmung soll eine Lücke der Gesetzgebung ausgefüllt werden. Endlich sollen die Vorrechte aus den §§ 10e und f den Innungen dann gewahrt werden, wenn die Mehrheit der Handwerker des Bezirks der Innung angehört. Durch diese Bestimmung soll die Minderheit gezwungen werden, der Innung beizutreten und sich so an den Aufgaben zur Hebung des Gewerbes zu beteiligen.

Abg. Stolle (Szd.): Auf Österreich beruft man sich nicht mehr, nachdem in Österreich mit dem Befähigungsnachweis schlechte Erfahrungen gemacht worden sind. Aber auch bei uns in Sachsen hat man keine besonderen guten Erfahrungen mit den Innungsmeistern gemacht. Diese gerade sollten das größte Interesse an einer guten Fortbildung der Lehrlinge haben. Das Gegenteil ist der Fall. Grade die Innungsmeister haben versucht, den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht zu durchbrechen. Nur den Sozialdemokraten ist es gelungen, diese Versuche abzuschwächen. Der Abg. Ackermann hat nicht zwischen Hausindustrie und Handwerk unterschieden. Wollen Sie auch den Fabrikanten zur Ablegung eines Befähigungsnachweises zwingen? Wir wissen auch gar nicht, wie sich die Herren den Befähigungsnachweis denken. Ich habe großen Respekt vor der Weisheit des Bundesrats, aber der Mensch versucht die Götter nicht (Heiterkeit). Sollten die Absichten des Abg. Ackermann Gesetz werden, dann wäre unsere Jugend! Vielmehr wird der Staat seine Aufmerksamkeit darauf richten müssen, daß nicht die Lehrlinge zu sehr von den Handwerksmeistern ausgenützt werden. Wir werden gegen die Anträge Ackermann stimmen.

Abg. Meißner (Btr.): Daß die Sozialdemokraten gegen die Innungen austreten, liegt darin, daß in den Innungen die Männer der Gottesfurcht und Ordnung sich zusammenfinden. (Lachen bei den Sozialdemokraten). Der Vorredner hat die Innungsmeister gewissermaßen als Inbegriff der Dummheit hingestellt. Die Innungsmeister werden niemals gegen die Fortbildungsschule vorgehen, aber die Fortbildungsschule hat doch auch ihre zwei Seiten. Schon der Umstand, daß die Fachschulen durch die Innungen gegründet sind, beweist, daß die Innungen der Fortbildungsschule nicht feindlich gegenüberstehen. Der Befähigungsnachweis soll die Preußischen Konkurrenz beseitigen. Es bezeichnete unsere Sozialpolitik, daß unteren Anträgen ein so geringes Interesse entgegengebracht wird und daß man dem Verschwinden des Mittelstandes ruhig zuseht. Die Forderungen des Handwerks sind doch nicht so exorbitant, daß sie nicht erfüllt werden könnten. Die Arbeiterschutzgesetzgebung ist Jahre lang von der Regierung belästigt worden und ist doch Wirklichkeit geworden. So hoffe ich, daß auch die Handwerkschutzgesetzgebung Wahrheit werden wird. Denn was im Körper die Knochen sind, ist der Mittelstand im Staat. Deshalb ist die Erhaltung des Mittelstandes eine Notwendigkeit.

Abg. Schrader (dfr.): Früher hieß es: Der Handwerker soll nur das Handwerk betreiben, das er versteht. Dafür soll er einen Befähigungsnachweis führen. Daß das nicht durchführbar ist, haben Sie eingesehen. Deshalb wollen Sie den Befähigungsnachweis für verwandte Gewerbe. Wollen Sie, daß der Handwerker den Befähigungsnachweis für alle verwandten Gewerbe liefert? Das ist zu schwer und unmöglich. Wollen Sie, daß er ihn nur für ein Gewerbe liefert? Was hätte das für einen Zweck? Das Handwerk ist so außerordentlich verschieden, daß es gar nicht in der Weise, wie es von Ihnen immer geschieht, einheitlich zusammengefaßt wird. Mit dem Befähigungsnachweis liefert der Handwerker doch nicht den Beweis, daß er einen größeren Betrieb leiten kann. Der Befähigungsnachweis wird dem Handwerk nichts nützen, sondern schaden.

Wo ist außerdem die Grenze zwischen Handwerk und Großbetrieb? Der Handwerker wird doch sehr gern bereit sein, von seinem kleinen Betrieb zum großen überzugehen. Sie wollen die Konkurrenz einschränken. Ja, dann gehen Sie doch noch weiter und bestimmen

durch Gesetz, wie es früher war, wie weit ein Betrieb ausgedehnt werden darf. Über alle solche Schranken geht der Verkehr schonungslos hinweg. Man rede den einzelnen Handwerkern nicht immer vor, sie müßten den Befähigungsnachweis haben. Man studiere vielmehr die einzelnen Gewerbe nach ihren Existenzbedingungen und in der Richtung, welche Fähigkeiten in dem Betrieb nötig sind. Was nun die weiteren Anträge betrifft, so ist es absolut unmöglich, daß eine Gruppe von Interessenten sich selbst ein Privilegium zuerkennet. Daran ist gar nicht zu denken. Wollen Sie dem Handwerk nützen, dann unterrichten Sie es, daß es nicht unausführbare Ideen nachjagt, nicht den Versuch, vergangene Wirtschaftsbedingungen zurückzurufen, sondern, daß es sich in die bestehenden Verhältnisse schlägt. (Beifall lunt.).

Abg. v. Dziembowski (Bole): In meiner Gegend bedarf das Handwerk einer Unterstützung. Dazu werden die vorliegenden Anträge führen. Leider werden die Gesetze häufig von den unteren Beamten ja ausgeführt, daß ihr Zweck nicht erreicht wird. So geschieht es auch bei dem Fortbildungsschulunterricht, in dem der polnische Sprachunterricht nicht genügend gepflegt wird.

Abg. Hitz (Btr.): Das ganze Examenwege beruht darauf, daß von einem bestimmten Beruf eine genügende Vorbildung nachgewiesen wird. Dieselbe Bedeutung hat der Befähigungsnachweis für das Handwerk. Die Sozialdemokraten würden, auch wenn die Mittel mit Sicherheit nachgewiesen würden, dem Handwerk zu helfen, nicht mitgehen. Der Handelsminister hat fürs Bergleute den Befähigungsnachweis eingeführt. Daraus entnehmen ich die Hoffnung, daß er sich auch dem für das Handwerk gewünschten Befähigungsnachweis freundlich gegenüberstellen wird. Ich bitte die Regierung, daß sie der Prüfung dieser Frage nahetritt und sie auch nicht bei der Bildung der Handwerkskammern überseht. (Beifall im Zentrum)

Abg. Dr. Hirsch (dfr.): Der Abg. Hitz ist der beste Beweis gegen den Befähigungsnachweis. Er hat Theologie studiert und in diesem Gegenstand gewiß ein vorzügliches Examen. Seine Erfolge jedoch liegen auf sozialpolitischem Gebiet. Die Innungsbestrebungen sind weiter nichts als ein Versuch, die Arbeitsbedingungen für das Handwerk zu erneuern. Das Bedenklichste beim ganzen Befähigungsnachweis ist für uns die künstliche Beschränkung der Konkurrenz. Dadurch wird die Zahl der Arbeitslosen vermehrt. Durch mechanische Mittel wird dem Handwerk gar nicht geholfen. Der einzige Weg, um dem Handwerksstand zu helfen, ist die freie Organisation des Handwerks.

Abg. Voß (Szd.): Auch im Handwerk herrscht bereits die Maschine. Die Schuhmacher stellen die künstlichsten Arbeiten mit der Maschine her, und gerade für dies Handwerk glaubt man besonders des Befähigungsnachweises zu bedürfen. Der Gegensatz zwischen Großindustrie und Kleinbetrieb ist weiter nichts als der Kampf zwischen Maschine und Handarbeit. Ich persönlich hätte den Wunsch, daß die Regierungen dem Verlangen nach dem Befähigungsnachweis nachgeben, damit sich in ein bis zwei Jahren herausstellt, wie wenig man dadurch den Niedergang des Handwerksverstandes aufzuhalten. Wenn man den Befähigungsnachweis einführt, würde wieder die Lederwirtschaft, die Butterwirtschaft einziehen, wie sie früher in alten Innungen bestand. Es könnte vorkommen, daß die Lehrlinge die Meisterstücke für den Meister machen. Der reiche Mann wird Meister werden, der arme nicht. Die Herren, welche hier immer so eifrig sprechen, glauben selbst nicht mehr an die Wirksamkeit des Befähigungsnachweises, sie thun das, was man uns so häufig zum Vorwurf macht, sie sprechen zum Fenster hinaus. Blüht das Kunstgewerbe wieder auf, dann blüht auch die Lehrlingszüchterei. Wie das Zentrum zur Fortbildungsschule steht, beweist der Umstand, daß, als wir für die Verlegung des Zeichenunterrichts auf den Sonntag eintraten, das Zentrum das hinderte. Ein Stunde Handarbeitsunterricht ist aber viel mehr wert, als eine Stunde Religion.

Nach dem Schlusswort des Abg. Ackermann (konf.) werden die Anträge Ackermann auf Einführung des Befähigungsnachweises und Ausdehnung der Innungssprivilegien angenommen.

Alsdann vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Börsensteuernovelle). Schluß 4½ Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste Berathung des Etats wird fortgelebt.

Abg. Frhr. v. Beditz (fr.): Wir haben bisher auf schwankende Einnahmen zu viele dauernde Ausgaben aufgebaut. Eine Regelung zwischen Einnahmen und Ausgaben, wie sie vielfach verlangt wird, können wir in der laufenden Session, die alle Kräfte für die Steuerreform in Anspruch nimmt, nicht durchführen. Wir müssen uns zur Zeit darauf beschränken, das Notwendigste zu thun zur Stärkung unserer Finanzen. Eine Hauptursache unserer schlechten Finanzverhältnisse liegt in der Verquidung von Reichs- und Staatsfinanzen. Wir werden aber nicht zu einem gefürdeten Zustande kommen, bevor nicht die Finanzen des Reichs von einer selbständigen verantwortlichen Stelle aus, von einem Reichsfinanzminister geleitet werden. Aber auch materiell wird das Finanzverhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten geändert werden müssen. Wir werden die clausula Frankenstein verwerten und das Reich auf eigene Füße stellen müssen. Um aber dazu zu kommen, daß das Reich seine eigenen Ausgaben ohne Rückgriff auf die Einzelstaaten deckt, wird man ein Mittelglied schaffen müssen, das natürlich beweglich sein muß. Der Abg. Lieber hat gefragt, ob die Rechte geneigt sein würde, die Kosten für die Militärvorlage aus Einnahmen der Einzelstaaten zu decken. Wo die Sicherheit des Vaterlandes in Frage kommt, da spielt die finanzielle Deckung überhaupt keine Rolle. Vielleicht legt Abg. Lieber, der einmal auswärts erklärt hat, das Zentrum bedeute im Reichstage das Büglein an der Waage, sein Schwert auf diese Waage, um ein Glied zu schaffen, mit dem die Reichsfinanzen unter Wahrung der Konstitutionalität verwaltet werden können. Wir werden fernerhin, da das Gesetz von 1882 nicht gewirkt hat, die

Finanzverhältnisse unserer Eisenbahnverwaltung ändern müssen und zwar zunächst in der Weise, daß die Betriebsausgaben anstatt durch Anleihen durch die Betriebsentnahmen gedeckt werden. Praktisch kann das aber erst zur Ausführung gelangen nach einigen Jahren, wenn die Defizits der letzten Jahre verschwunden sein werden. Wir werden aber auch in der Eisenbahnverwaltung sparsamer sein müssen; denn wir sind in Luxusbauten, in der Vermehrung der Schnellzüge zu weit gegangen. Freilich darf die Sparsamkeit nicht zur Beschränkung solcher Ausgaben führen, die zur Aufrechterhaltung eines regen Verkehrs dienen. Unsere Eisenbahnen sind die hauptsächlichsten Abnehmer unserer Industriefabrikate, und gerade im Interesse unserer Industrie ist selbst bei schlechter Finanzlage eine Verminderung der Ausgaben, z. B. in Hinsicht auf den Bau von Sekundärbahnen, nicht angebracht. Aber bei dem Blühen der Industrie, bei der Entwicklung Preußens zum Industriestaat darf doch nichts unterlassen werden, um die Landwirtschaft zu kräftigen. Namentlich hat dies zu geschehen durch Ausbau der Verkehrswege in den landbaubetreibenden Gegenden. Auch bezüglich des Handelsvertrages mit Russland haben wir alle Ursache, abzuwarten und Vorsorge zu treffen. Gefreut hat es mich, daß im Etat die landwirtschaftlichen Mittelschulen in den Normalstatuten einbezogen worden sind. Der Etat der Bergwerksverwaltung wird hoffentlich Gelegenheit geben, die Belästern der Arbeitgeber eingehend zu erörtern. Die Frage der Schiedsgerichte wird einer besonderen Untersuchung zu unterziehen sein, und ich möchte schon heute vor Einführung solcher Schiedsgerichte warnen, da sie sich als störendes Glied zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einschieben würden. Die Mehrausgaben für die Volksschule begrüße ich ebenfalls mit Freuden. Allzusehr darf hier nicht gespart werden. Unser Grundzog muss sein, am rechten Orte zu sparen, nur das wird zum Gedanken des Landes führen. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. v. Czarlinski (Bole) beklagt es, daß im Etat sich noch immer die Forderung von 300 000 Mark zur Förderung des Deutschen in den polnischen Landestheilen findet. Das ist eine unnötige Ausgabe, die man sich ersparen kann. Wenn Sie das Ansiedelungsgesetz aufheben, dann kann man aus dem hierfür bereitstehenden Betrage das Defizit von 58 Millionen decken. Die Verwaltung der von der Kommission erworbenen Güter erfordert noch immer Zuschüsse. Geben wir das Ansiedelungsgesetz auf, so ersparen wir auch diese Zuschüsse. Die gegenwärtigen Zustände bei uns sind unerträglich, nicht bloß wegen der Polengesetze, sondern auch wegen der lästigen sozialpolitischen Gesetzgebung, wegen der vielen Schreiberel. Unsere Agitationen dagegen können uns als Kulturstoff nur zur Ehre gereichen, und wenn wir Anhänger gewinnen, so ist der beste Agitator dafür der Kreisschulinspektor. (Heiterkeit.) Den Herrn Minister dagegen nannte der "Katholit" bezüglich der Aufforderung meines Kollegen von Jazdzewski, offen die Stellung der Regierung klarzulegen, einen "gut-n, freundlichen Mann". Schaffen Sie alle ungerechten Polengesetze ab. Denn justitia fundamentum regnum. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Kein Kulturstaat der Welt befindet sich bezüglich des Verhältnisses seines Besitzes zu seinen Schulden in so günstiger Lage wie Preußen. Herr Pleischke hat Unrecht, wenn er unseren Eisenbahnbesitz wertlos nennt. Gerade die preußische Finanzverwaltung beruht in Folge des Staatsbahnsystems auf dem gesunden Fundament. Wir befinden uns in viel besserer Lage als unsere Nachbarstaaten. In Österreich wird durch die Erträge des Staatsbesitzes nur ein kleiner Theil der Schulden, die den unfrühen an Umfang gleichkommen, gedeckt. Frankreich hat eine fünfmal so große Schulde wie wir, deckt aber aus seinem Besitz nur 42 Millionen Francs. Verzweifelt darum ein Franzose an der Zukunft seines Volkes und Landes? Und wir, die wir Eisenbahngebiete haben, aus denen wir nach Verzinsung der Schulde noch Überschüsse herausziehen, sollten so trübe in die Zukunft sehen? Die Betriebsüberfälle der Eisenbahnen sind doch keine geringen. Das Defizit röhrt doch nicht aus einer mangelnden Rentabilität der Eisenbahnen her, sondern beruht darauf, daß wir uns in besonders guten Zeiten gewöhnt haben, auf den Einnahmen dieser Jahre dauernde Ausgaben aufzubauen. Unsere Staatsbahnen verzinsen sich nicht schlechter als früher die Privatbahnen. Die Staatsbahnen sollen aber gar keine Staatsseinkommensquellen bilden, sie sind zunächst ein Mittel zur Regelung des wirtschaftlichen Verkehrs. Wenn sie trotzdem Überschüsse ergeben, so kann man das nur als Vortheil ansehen. Denn sonst müßten ja dieselben Beträge durch direkte Steuern aufgebracht werden. Wenn sich heute Zustände herausgestellt haben, so liegt das in dem mangelaften Garantiegesetz, vor dem ich schon 1882 gewarnt habe. Damals kämpfte ich dagegen, daß die allgemeinen Staatsausgaben sich auf den Eisenbahnentnahmen aufbauen, und ich meinte ferner 1889, daß könne zum Staatsbankrott führen. Thatsächlich sind auch Zustände eingetreten, da man meinen Rathschlägen nicht folgt, die fast unerträglich sind. Wir werden Wandel schaffen und eine leitende Skala aufstellen müssen für die Verwendung von Eisenbahnentnahmen zu allgemeinen Staatszwecken, so daß wir im Laufe der Zeit zu der Summe von 50 bis 60 Millionen als Beharrungsgrund kommen. Was darüber hinaus für Deckung von Ausgaben notwendig ist, wäre auf andere Weise zu beschaffen. Wir müssen nicht bloß immer von dem Gesichtspunkte wirtschaftlicher Fluktuationen die allgemeine Lage ansehen, sondern auch die sozialen Erregungen der Arbeiterklassen mit in Betracht ziehen. Da fordere ich denn die Regierung auf, die Sache als das anzusehen, was sie ist, als eine Krankheit. Die entzloste Aufrechterhaltung ihrer Autorität ist ihre Pflicht. Was das Finanzverhältnis des Reiches zu Preußen betrifft, so muß angesichts der bevorstehenden Mehrausgaben im Reich eine Rendierung, eine strenge Scheidung eintreten. Die Verhältnisse sind heute nicht erfreulich. Wenn uns aber etwas berechtigt, vertrauensvoll in die Zukunft zu sehen, so ist es der Umstand, daß an der Spitze der preußischen Finanzverwaltung ein Mann steht, dessen Einsicht und Vorwissen für die Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse von allen Seiten anerkannt wird. (Abg. Dr. Meyer: Das ist nicht übel! Heiterkeit). Die Person des Leiters der gegenwärtigen Finanzpolitik gibt uns die Gewähr dafür, daß der bis-

herigen verfehlten Finanzpolitik hält geboten ist. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Nickert** (hr.): Ich erkenne die Verdienste des Finanzministers gewiß an, aber er hat seit 1887 so viel Konzessionen den Agraristen gemacht, wie niemals ein preußischer Finanzminister, und die Unzufriedenheit im Lande hat berechtigten Grund. Die schönen Grundzüge, die er als Abgeordneter mit uns getheilt hat, hat er auch nicht einmal versucht, in die Praxis umzusetzen. Vor einem Jahre sagte Herr Miquel noch, daß man sich überlegen müsse, neue Steuern aufzuerlegen, und heute, wo die Verhältnisse noch ungünstiger liegen, läßt er es zu, daß eine ganze Masse neuer Steuern im Reiche gefordert wird, ohne daß eine Notwendigkeit vorliegt. Was notwendig ist für die Existenz des Reiches, wird keine Partei, vielleicht außer der sozialdemokratischen, verweigern. Aber die Ansichten darüber, was notwendig ist, gehen doch weit auseinander. Die Ansichten haben bis jetzt mit jedem Kriegsminister und Reichskanzler gewechselt. Broniar, Verdy, Kaltenborn haben alle verschiedene Ansichten gehabt. Haben sich aber die Verhältnisse zum Auslande so geändert, daß eine vollständige Frontverschiebung notwendig ist? Warum haben wir denn das Vertrauen verloren? 1887 wurde der Reichstag aufgelöst, weil er das Septennat nicht bewilligen wollte. Nachher kommt der Nachfolger und sagt, das Septennat hat mit der militärischen Sicherheit nichts zu thun. Ich würde es sehr gern sehen, wenn Herr Miquel Reichsfinanzminister werden würde, und ich würde ihn dann unterstützen. Ein so trübes Bild wie Herr Fleischke habe ich bezüglich des Staats nicht gewinnen können. Mir stocke in der Athem, als ich ihn reden hörte. (Heiterkeit.) Gleichwohl hat er wertvolle Fingerzeuge gegeben. Auch ich bin mit ihm einverstanden, daß das Beamtenpersonal vermindert werden könnte. Die Viehhaberei für das Alterschmieren verhindert werden könnte. Die Viehhaberei unter dem Schreibwerk. Wenn es Herrn Miquel gelingt, eine Verminderung des Schreibwerks durchzusetzen, dann wird er ein neues Blatt in den Vorbericht einfließen, den Herr Hammacher um sein Haupt gewunden hat. (Heiterkeit.) Da unsere Finanzpolitik auf den Eisenbahnen politisch beruht, so hat der Eisenbahnenminister eine große Verantwortung zu tragen. Die Verhältnisse sind seit der Verstaatlichung der ersten Eisenbahnen dieselben geblieben, es ist so gut wie nichts an ihrer Organisation geändert worden, seitdem die Weißlauer Kanonenbahnen in Staatsbetrieb übergegangen sind. Herr v. Minnigerode wirft mir vor, daß ich in meiner Kritik der Eisenbahnen ungleich gewesen bin. Das ist nicht richtig. Ich bin mir immer gleich geblieben. Auch als die Überschüsse geringer wurden, habe ich Reformen gefordert und eine Herabsetzung der Tarife gewünscht. Ich gratuliere den konservativen Partei dazu, daß Sie jetzt an Ihrer Spitze einen Finanzminister haben, der in heutiger Zeit sogar eine Erhöhung der Fahrtipreise verlangt. Muß das nicht Erbitterung im Volke erregen? Eine gesunde Reformpolitik führt nicht zur Verminderung, sondern zur Vermehrung der Einnahmen. Wir sehen an Österreich, daß durch Vereinfachung des Verkehrs, durch Vermehrung der Personenfrage, durch Ermäßigung der Tarife die Einnahmen erhöht werden. Wir können bei uns auch manche Reformen einführen, die zunächst als Kleinigkeiten erscheinen. So habe ich früher darauf hingewiesen, daß das Abschiednehmen auf dem Perron ein Ende haben müsse, damit nicht ein Gedränge entstehe, daß das Läuten der Glocken auf den Bahnhöfen aufhören müsse, weil es die Nerven zerstört. Damals nannte mich Herr Windthorst-Vielefeld einen freiwilligen Regierungskommissar, und heute sind alle diese Wünsche erfüllt. Wenn man nun Sparsamkeit auf der einen Seite verlangt, so kann man doch nicht auf der anderen Seite den weiteren unbeschränkten Bau von Sekundärbahnen verlangen. Es bleibt wichtige Dinge zu thun. Wenn der Kultusminister erklärt, wenn man ihm nicht mehrere Millionen gebe, so könne er den Bildungsstand der Nation nicht erhalten (Burkhardt rechts) — ja, daß Sie (rechts) das Bedürfnis nicht haben, glaube ich, — so kann man doch nicht noch andere weniger notwendige Ausgaben machen. Das Kleinkbahngesetz wird schon eine günstige Wirkung ausüben. Die Herren haben sich daran gewöhnt, immer auf die Staatshilfe zu bauen. Das hat mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen begonnen. Damals spielte sich der Staat als Wohlthäter auf, und nun verlangt man auch von ihm die Wohlthaten. Hat man schon die Eisenbahnen verstaatlicht, so hätte man sie, wie es Laske verlangte, verwachten sollen. Dann hätte man die Gefahren vermieden, die jetzt die Schwierigkeiten der Einnahmen mit sich bringen. Traurig hat es mich bestimmt, daß gegen die Vermehrung der Lotterielose kein Protest erhoben worden ist. Herr Lieber hat nichts dagegen, weil das Bedürfnis vorhanden ist. Hat er einen solchen Respekt vor dem Bedürfnis? Ich werde natürlich gegen die Vermehrung der Lotterielose stimmen. Der selbe Finanzminister, der diese Vermehrung beantragte, weigert sich heute, die konstitutionellen Garantien für die direkten Steuern zu geben, die eine alte Forderung des Liberalismus ist. Die Landesvertretung hat noch niemals einen Minister mit solcher Liebe umfangen, wie den gegenwärtigen. (Heiterkeit.) Einzig ist im Stande, die Quotifirung einzuführen, und er wird hoffentlich den Ministerfessel nicht eher verlassen, als bis er die Quotifirung durchgelebt hat. Herr v. Minnigerode meinte, wir hätten keine gute Ernte gehabt. Der Landwirtschaftsminister selbst hat ja von einer gesegneten Ernte gesprochen, und es ist doch anerkannt, daß wir eine gute Ernte gehabt haben, und es ist kein Beweis großer Kenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse, wenn sich Herr v. Minnigerode dagegen verwahrt. Denn wenn man hier als Landesvertreter steht, so kann man doch nicht von den Verhältnissen Buxtehudes oder Schivelbeins aus, sondern nur von den allgemeinen Verhältnissen des Staates aus urtheilen. Mit solchen Klagen hilft man doch der Not der Landwirtschaft nicht ab. Herr von Minnigerode meinte ferner, daß die Brotpreise nicht gesunken sind im Verhältnis zum Getreidepreise. Ja, lesen Sie doch lieber statt meiner Reden die Preisstatistik (Heiterkeit). Nach der genauen Berliner Statistik, die von Dr. Hirschfeld, einer anerkannten Autorität, aufgestellt ist, ist der Preis des Brotes immer in demselben Maße gesunken, wie der Getreidepreis. Durch ungeheuerliche Behauptungen imponieren Sie nicht, und durch allgemeine Redensarten ändern Sie die Thatsachen nicht. Am meisten hat mich die Kritik der Handelsverträge gewundert. Wenn sich Graf v. Caprivi ein bleibendes Verdienst um Deutschland erworben hat, so ist es die Durchführung der Handelsverträge. Herr v. Minnigerode ist ganz falsch unterrichtet, wenn er meint, daß Niemand damit zufrieden sei. Fast alle Handelskammern haben ihre Zustimmung gegeben. Protestieren möchte ich auch dagegen, daß die Handelsverträge mit Russland Beunruhigung herverursachen haben. Ein solcher Vertrag entspricht gerade den Lebensinteressen der östlichen Provinzen, auch der Landwirtschaft in denselben. Sie (rechts) werden das später einsehen, denn Sie werden immer erst ein Dezennum später klüger. Ein Handelsvertrag mit Russland wäre eine Friedensbürgschaft wie im Augenblick eine größere nicht zu denken ist. Ich bedauere, daß eine so feindselige Stimmung gegen Russland sich zeigt. Wir sollten weniger empfindlich sein. Wir sind stark genug, um gewisse Dinge zu ertragen. Wir wollen Frieden mit Russland, und wir würden dem Reichskanzler beglückwünschen, wenn es nicht bloß gelänge, einen Handelsvertrag zu Stande zu bringen, sondern auch die politische Freundschaft mit Russland zu erhalten, und das ist möglich trotz des Dreibunds. Der Landwirtschaft würde ein solcher Vertrag nur nützen. Welt mehr als die Aktion für Erhöhung der Böle würde ihr nützen, wenn sie überall Buchführung einführen würde, allerlei Liebhäbereien aufgeben würde, rationell wirtschaften würde; etwas mehr Kenntnisse, und die Landwirtschaft wird besser stehen. Mit

den Agitationen des antisemitischen Bauernbundes — ich wundere mich, daß Herr v. Minnigerode hier nicht jenen antisemitischen Standpunkt klarlegt hat — werden Sie nichts erreichen. Sie klagen über Noth, und doch erhalten Sie eine Liebesgabe von 40 Millionen. Wollen Sie das etwa leugnen, was nahte Thatsache ist? Wir möchten doch hoffen, ob die Herren bereit sind, die Liebesgabe auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern, wenn es sich um die Existenz des Reiches handelt. Wir haben noch große Ausgaben in der Zukunft für Beamtenbesoldungen, für die Volkschule und im Reich für Militär und Marine und Invaliditätsversicherung. Die finanzielle Situation fordert zu einer ängstlichen Vorsicht heraus. Wir können aber nicht immer mehr Steuern auferlegen, denn die Anforderungen an den Steuerzahler sind schon so hoch genug. Das Notwendige werden wir bewilligen; was aber herausgenommen werden kann, werden wir bei dieser Finanzlage ablehnen. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. **Miquel**: Es ist mir von einer Seite persönliches Lob und von einer anderen Seite leidlicher Tadel zu Theil geworden. Das Lob möchte ich nicht akzeptieren und den Tadel ablehnen. Herr Nickert behauptete, ich verfolgte unter Verleugnung meiner früheren Ansichten agrarische Tendenzen. Er meinte wohl zunächst meine Stellung zur Brauntweinstuer. Ob als Minister oder als Abgeordneter, immer würde ich doch zu dem Resultat kommen, eine Brauntweinstuer ist unmöglich ohne die Garantie, daß die landwirtschaftlichen Brennerelen, die eine Lebensfrage für die Landwirtschaft sind, erhalten bleiben. Herr Nickert sucht Bruchstücke aus meinen alten Reden zusammen, nun, alte Reden durchzulesen, das ist seine Hauptaufgabe (Heiterkeit). Ich habe 1889 die Grundzüge der Steuerreform direkt ausgeworfen, da kann man noch nicht sagen, daß ich auf etmal Agrarier geworden bin. Ich bin nicht stolz darauf, nichts zu vergessen und nichts zu lernen, im Gegenteil scheue ich mich nicht, einzugehen, wenn ich mich eines anderen habe belehren lassen. Die Finanzlage in Preußen kann für die Fragen im Reich von keiner entscheidenden Bedeutung sein. Auf die Organisation der Reichsbehörden, auf die Goldpolitik gebe ich hier nicht ein, weil sie nicht hierher gehören. Herr Nickert wünschte, ich sollte doch Reichsfinanzminister werden. Das steht so aus, als ob ich gewünscht hätte, das zu werden. Einen solchen Wunsch habe ich aus persönlichen und sachlichen Gründen nicht. Der Abg. Nickert hat ferner gesagt, die Ausgaben sollen nicht beschränkt werden, die Einnahmen dürfen nicht vermehrt werden. Das ist die alte Politik der Herren. Daraus wird man aber nicht klüger. Wir wollen doch vor den Herren einen Rath; den aber geben Sie uns nicht. So trübe in die Zukunft, wie Herr Fleischke, kann ich nicht sehen. Thatächlich steigern sich die Einnahmen der Betriebsverwaltungen in jedem Jahre, und speziell die Eisenbahnen haben sich weit günstiger entwickelt für unsern Staat, als die Erhöhung der Schuldenlast sich gesteigert hat. Der Abg. Hammacher verlangt, daß die Eisenbahnen nicht als Finanzquelle dienen. Nun hat man aber diesen Fehler gemacht, und zwar, weil man sich für drei Möglichkeiten zu entscheiden hatte: entweder die Betriebsüberschüsse der Eisenbahnen für die Staatsausgaben zu verwenden oder die direkten Steuern zu erhöhen oder ein stetiges Defizit zu haben. Der erste Weg schien der bessere. Uebrigens ist es doch nichts Ungewöhnliches, daß Kommunen die Überschüsse ihrer Betriebsverwaltungen in den Staat einstellen. Warum soll der Staat enthaltsamer sein? Allerdings wird man prüfen müssen, ob die dauernde Ersparung durch Veränderung in der Organisation, in Verkehrs- und Tariverhältnissen gemacht werden kann. Wir müssen anfangen, jeden Zug zu einschränken. Wir bedürfen eines planmäßigen Borgehens in dieser Beziehung. Thun wir das, so sehe ich mit Vertrauen in die Zukunft. (Beifall.)

Abg. v. **Gymnern** (int.): Die Unzufriedenheit im Lande, namentlich in den besitzenden Klassen, ist nicht durch die Erhöhung der Steuern hervorgerufen worden, sondern durch die Form der Erhebung, das lästige Eindringen in Privatverhältnisse, das nach Durchführung der neuen Steuerreform noch intensiver werden wird. Durch dieses Gefühl des Missbehagens wird das Ansehen der staatlichen Organe überaus geschädigt. Die pessimistischen Anschauungen des Abg. Fleischke über unsere Gesamtfinanzlage kann ich nicht teilen. So ganz schlimm muß es doch nach den Ausführungen des Finanzministers nicht aussehen. Haben wir doch 10 Millionen für den Dombau bewilligt, ebenso 1½ Millionen zur Ablösung der Stolzgebühren, womit es doch gar nicht so eilig war! Die bisherigen Defizite haben uns nicht abgeholt, den Staatsbedürfnissen in weitestem Umfang Rechnung zu tragen. Die Betriebsüberschüsse der Eisenbahnen werden sich mit der Zeit schon wieder steigern. Gegen die Vermehrung der Lotterielose muß ich mich entscheiden auszusprechen. Bleibt noch eine Erhöhung der Personentarife. Die Lotterie hat doch auch eine moralische Seite. Im Jahre 1885 ist der Antrag Wagner bei Aufhebung der Staatslotterien hier mit großer Mehrheit angenommen worden. Laran sollten wir uns doch bei dieser Gelegenheit erinnern. An die Industrie werden immer höhere Anforderungen gestellt, namentlich sind es die Professoren, die im Wohlthun sich nicht genug thun können. Wozu das führt, haben die Borgänge in Saarbrücken gezeigt. Dank haben die Industriellen von dem Wohlthun nicht geerntet. Die sozialpolitische Gesetzgebung hat der Industrie große Lasten auferlegt. Daher wäre es Pflicht des Staates, der Industrie zu Hilfe zu kommen. Unstatt dessen vernachlässigt man öfter die inländische Industrie bei Submissionen. In England, dem Lande des Freihandels, beziehen die Eisenbahnen sämtliches Material im Innlande, ebenso in Österreich. Durch den Bezug englischer Schienen, die auf dem Wasserwege hierher kommen, gehen den Eisenbahnen Hunderttausende für Fracht verloren. Also die Eisenbahnen sind zum Theil schuld an dem Rückgang ihrer Einnahmen. Den deutschen Arbeitern gehen dadurch Hunderttausende an Löhnern verloren. Die Marineverwaltung besteht sogar die Kohlen aus England. Im vorliegenden Staat sind eine große Anzahl hölzerner Schwellen neu gefordert, obwohl in letzter Zeit hauptsächlich eiserne Schwellen in Anwendung fanden. Diese hölzernen Schwellen werden aber vom Auslande bezogen. Hätte man eiserne Schwellen bezogen, so bedeutete das eine Zuwendung von 20 Millionen an die Industrie. Gerade in der jetzigen Zeit ist es Pflicht des Ministers, unserer Industrie Arbeit zu geben, auch solche Arbeiten, die nicht sofort nötig sind, damit nicht später die Arbeiten auf einen kurzen Zeitpunkt zusammengedrängt werden. Möge durch die Trübe, welche über unserem Lande lagert, ein heller Sonnenstrahl Vertrauens in die Zukunft brechen.

Ein Schlusshandlung wird darauf angenommen.

Personlich verhahlt sich

Abg. **Nickert** gegen die Behauptung des Ministers, daß er keine neuen Steuern, aber mehr Ausgaben bewilligen wolle.

Der Staat wird zum Theil an die Budgetkommission verwiesen, während andere Theile sofort im Plenum zur zweiten Berathung kommen. Die Budgetkommission wird zur Berathung des Eisenbahnetzes um 7 Mitglieder verstärkt.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Antrag Ranitz betreffend den Bau von Sekundärbahnen, zweite Berathung der kleineren Etats.) Schluß 4 Uhr.

in Preußen befunden haben, ist ungewöhnlich genug. Ginge es bloß darnach, aus dieser Gemeinsamkeit einer nothwendigen Überzeugung die praktischen Folgerungen zu ziehen, so sollte man meinen, daß es nicht schwer fallen könnte, durch Gesetz und Verfassung alsbald die theoretischen Forderungen praktisch werden zu lassen. Der Reihe nach erklärten die Herren von Leditz, Hammacher und, obwohl "mit anderen Worten", Nickert, daß aus der jetzigen unheilsamen Durchkreuzung der Finanzzustände im Reiche und in Preußen nur herauszukommen sei, wenn das Unwesen der Matrikularkosten wie der Übergabeungen aufhöre, und wenn gleichzeitig innerhalb der preußischen Finanzverwaltung die Staatseisenbahnverwaltung selbständiger gemacht würde. Aber dies Alles ist leichter gesagt als gethan. Es sind sachliche Schwierigkeiten da, die noch auf lange Zeit hinaus nicht zu überwinden sein werden. Eine davon wurde heute angekündigt, daß nämlich die Aenderung der Reichs-Finanzpolitik nur durch vorangegangene Verfassungsänderung möglich wäre. Natürlich macht sich der gleichen nicht von heute auf morgen. Leichter wäre es schon, den Posten zu figuren, der aus den Überschüssen der preußischen Staatseisenbahnverwaltung in den Staat einzustellen wäre, damit endlich einmal die unerträgliche Abhängigkeit der allgemeinen Finanzverwaltung von dem Auf und Ab des Verkehrs ein Ende nähme. Einen praktischen Weg zu diesem Ziele zeigte der Abg. Hammacher. Er will eine gleitende Skala für die Summe der Überschüsse aus den Eisenbahnen einführen, so, daß die Skala allmählich bis auf eine ständige Summe von 50 bis 60 Millionen herabginge. Darüber ließe sich wohl reden, besser jedenfalls reden, als über die sonderbaren Vorschläge des Herrn v. Minnigerode in Sachen der Staatseisenbahnverwaltung. Der konservative Redner bekam heute für sein gestriges agrarisches Programm die gebührende Auffertigung vom Abg. Nickert, und sogar der Abg. v. Leditz sah den möglichen russischen Handelsvertrag als keineswegs so bedrohlich an wie sein Nachbar rechts. Er meinte, ganz richtig übrigens, daß die Russen das meiste Interesse an solchem Vertrage hätten und daß man hiernach ruhig ihr Gegenkommen abwarten möge. Als lustige Person trat sich der Pole von Czarlinski auf. Dieser Herr hat nämlich ein Mittel, ein unfehlbares, wie alle Finanznoten aus der Welt geschafft werden kann: man braucht nur das Ansiedelungsgesetz für Posen und Westpreußen aufzuheben, und sofort wäre das Defizit von 58 Millionen gedeckt. In der That, das brauchte man nur, und wie einsichtig ist nicht der Vorschlag! — Gar nicht lustig, vielmehr ganz schreckhaft langweilig ging es zur selben Zeit im Reichstag zu. Das dicke Bündel der konservativen-kliralen Anträge, betreffend den Befähigungs-Nachweis, die Wanderlager, die Abzahlungsgeschäfte, die Konkursordnung etc. stand auf der Tagesordnung. Mit all dem in einer Sitzung fertig zu werden, geht natürlich nicht an. Aber Befähigungs-nachweis und Immunsprivilegien hat der Reichstag immerhin erledigen können, mit erfreulich summarischem Verfahren in knappen drei Stunden. Es waren die alten Reden von ehemals, und keine 30 Abgeordnete saßen dabei.

Der Reichstagsabgeordnete Göser, Stadtpräfekt in Saulgau in Württemberg (Btr.), Vertreter des 17. Württembergischen Wahlkreises, ist heute in Berlin gestorben.

Nittergutsbesitzer Fr. Paeske aus Conraden bei Rech, Kreis Arnswalde, der bei der Erfahrung zum Reichstag im ersten Wahlgange für Hobrecht, im zweiten aber für Ahlwardt gewählt, hat bekanntlich eine längere von thatächlichen Unrichtigkeiten strotzende Flugschrift über die Reichstagswahl in Friedeberg-Arnswalde veröffentlicht, die der "Kreuztg." so vortrefflich erschien, daß sie sich beierte, die ganze, über sechs Spalten ausfüllende Schrift abzudrucken. Die "Nat.-Btg." selbst hatte bemerkt, einmal, daß das von Herrn Paeske getadelte Verhalten der Freiheitlichen bei der Stichwahl nicht erkläre, weshalb schon in der ersten Wahl so viele antisemitische Stimmen abgegeben worden sind, dann, daß Herr Paeske, wenn er nicht für den freisinnigen Kandidaten stimmen könnte, sich bei der Stichwahl der Wahl hätte enthalten sollen. Der Verfaßer verucht jetzt einige Gründe für die Erfolge der Antisemiten zu beibringen, die wir zunächst auf sich beruhen lassen. Daß er in der Stichwahl für Dräse nicht habe stimmen können, erklärt Herr Paeske also: Er sei weniger Bartelmann, als Mensch und Landwirt. Als solcher, d. h. als Landwirt habe er die Verstärkung der kleinen Anteilskräfte für ungefährlicher gehalten, als diejenige der „an sich schon großen und speziell der Landwirtschaft so abgenelten freisinnigen Partei.“ „Wir Landwirthe“, schreibt er, „finden von einem großen Theil der freisinnigen Presse seit Jahrzehnten nicht nur in unserem Erwerbe, sondern auch in unserer Menschenrechte in einer Weise angegriffen und verdächtigt worden, daß — ich glaube hier im Sinne eines sehr großen Theils der Landwirthe zu sprechen — wir Landwirthe jeden beliebigen Kandidaten einem freisinnigen vorziehen dürften.“ Inzwischen Paeske das Recht hat, einen großen Theil der freisinnigen Presse als „Feind der Landwirtschaft“ zu bezeichnen, wollen wir hier nicht erörtern. Die Herren Großgrundbesitzer sind ja gewohnt, ihre Sonderinteressen mit denen der Landwirtschaft überhaupt zu verwechseln und jeden Angriff gegen ihre Privilegien als Beweis einer der „Landwirtschaft“ feldlichen Gestirnung darzustellen. Mit Herrn Paeske zu diskutieren, ist uns so lange unmöglich, bis er eine klare und unzweideutige Antwort auf die Frage gegeben hat, ob es wahr ist, daß er Mitglied eines antisemitischen Vereins ist? Ist das richtig, ja oder nein?

Köln, 18. Jan. Wie die "Köln. Btg." meldet sind zur Zeit auf 26 Bechen des Ruhreviers 7564 Bergarbeiter ausständig. Unter den Ausständigen befinden sich etwa 4000 Bergarbeiter, welche ansfahren wollten, aber für einige Tage abgelegt sind.

## Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 18. Jan. In der heutigen Sitzung der Budgetkommission rief der Direktor im Reichspostamt, Fischer, durch eine Mitteilung über die Stellung der Verwaltung zu dem Postassistentenverein eine lange und lebhafte Debatte hervor, die indessen zu einem praktischen Ergebnisse nicht führte, da der Abg. Singer, der genaue thatächliche Mitteilungen über die Beschränkung der staatsbürgerschen Rechte der Postbeamten seitens der Verwaltung in Aussicht gestellt hatte, durch Abwesenheit glänzte. Von einigen Kontrahenten, wie Graf Becht und v. Radoll abgelehnt, traten alle Mitglieder der Kommission der

## Deutschland.

Berlin, 18. Jan. Eine solche Übereinstimmung, wie sie heute die Etatsredner im preußischen Abgeordnetenhaus, betreffend die Finanzreform im Reiche und



loko neuer 138—144 russischer losorubig, transito 112—114 nom. — Hofer ruhig — Gerste ruhig — Rübböl (unverz.) ruhig, loko 51 — Spiritus matter, vor Januar 23 Br., vor Januar-Februar 23 Br. pr. April-Mai 22<sup>1/2</sup> Br., vor Mai-Juni 23 Br. — Kaffee fest, Umtas 4000 Sac. — Petroleum loco ruhig, Standard white loko 5.20 Br., vor Februar-März 5.15 Br. — Wetter: Strenger Frost.

**Hamburg**, 18. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht). Good average Santos vor Jan. 82, vor März 81, vor Mai 79, Sept. 79, p. Dez. — Ruhig, aber fest.

**Hamburg**, 18. Jan. Börsenmarkt. Schlussbericht. Rübender Kohzucker I. Produkt Basis 88 p.Ct. Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg vor Januar 14.30, März 14.32<sup>1/2</sup>, vor Mai 14.42<sup>1/2</sup>, vor Sept. 14.35. Geschäftsfest.

**Berl.** 18. Jan. Produktenmarkt. Weizen matter, vor Frühjahr 7.43 Gd., 7.45 Br., vor Herbst 7.55 Gd., 7.57 Br. vor Frühjahr 5.46 Gd., 5.48 Br. Mais per Mai-Juni 1893 4.71 Gd., 4.72 Br. Kohlraps vor August-Sept. 11.30 Gd., 11.40 Br. Wetter: Wärmer.

**Paris**, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen ruhig, p. Januar 22.40, p. Februar 22.40, p. März-April 22.60, p. März-Juni 22.90. — Roggen fest, vor Januar 14.10, vor März-Juni 14.70. — Mehl steigend, vor Januar 49.90, vor Februar 50.00, vor März-April 50.00, vor März-Juni 50.00. — Rübböl ruhig, p. Jan. 56.25, p. Febr. 56.75, p. März-April 57.25, p. März-Juni 57.25. — Spiritus steigend, vor Januar 47.25, vor Februar 47.50, vor März-April 47.50, p. Mai-August 47.50. — Wetter: Ruhig.

**Paris**, 18. Jan. (Schluss.) Kohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38.50. Weizen Buder fest, Nr. 3, vor 100 Kilogramm per Jan. 40.75, vor Februar 41.00, p. März-Juni 41.75, p. Mai-August 42.25.

**Havre**, 18. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co. Kaffee in Newyork schloss unverändert.

Kilo 6000 Sac, Santos 12.000 Sac Rezeptes für gestern.

**Havre**, 18. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co. Kaffee, good average Santos, v. Jan. 101.75, p. März 101.25, vor Mai 99.25. Ruhig.

**Amsterdam**, 18. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56<sup>1/2</sup>.

**Amsterdam**, 18. Jan. Banchazzini 55<sup>1/2</sup>.

**Amsterdam**, 18. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, vor März 178, vor Mai 179. Roggen loko geschäftsfest, auf Termine flau, vor März 134, vor Mai 131. Rübböl loko 26<sup>1/2</sup>, vor Mai 26, vor Herbst 25<sup>1/2</sup>.

**Antwerpen**, 18. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Rafineries Enve weft loko 13 bez. u. Br., vor Jan. 13 Br., vor Febr.-März 13<sup>1/2</sup> Br., p. Sept.-Dez. 13 Br. Behauptet.

**Antwerpen**, 18. Jan. (Telegr. der Herren Wilkens und Comp.) Wole. La Plata-Bug. Type B, vor Februar 4.45, Juli 4.60 Käufer.

**London**, 18. Jan. 96 p.Ct. Javazucker loko 16<sup>1/2</sup> ruhig, Rübender Kohzucker loko 14<sup>1/2</sup> ruhig.

**London**, 18. Jan. An der Küste 1 Weizenladung angelotet.

— Wetter: Naßkalt.

**London**, 18. Jan. Chilli-Kupfer 46, vor 3 Monat 46<sup>1/2</sup>.

**London**, 18. Jan. Getreidemarkt. Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 22.890, Gerste 6.330, Hafer 10.570 Orts. Sämtliche Getreidearten fest aber ruhig. Mais 1<sup>1/2</sup> sb. höher. Hafer 1<sup>1/2</sup> sb. höher Verkäufer. Von schwimmendem Getreide Weizen geschäftsfest, amerikanischer 1<sup>1/2</sup>—1<sup>1/2</sup> sb niedriger, Gerste ruhig, aber stetig, Mais fest, unverändert.

**London**, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Für Weizen Käufer zurückhaltend, Mehl ruhig, aber stetig, Mais mit unter 1<sup>1/2</sup> sb. höher, Gerste fest, Hafer 1<sup>1/2</sup>—1<sup>1/2</sup> sb. höher. Angekommene Weizenladungen unverändert. Schwimmendes Getreide ruhig, Gerste fest, Mais framm.

**Glasgow**, 18. Jan. Roheisen. (Schluss.) Mixed numbers warrants 43 sb. 3 d.

**Veith**, 18. Jan. Getreidemarkt. Markt stetig aber leblos.

Mittel. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5<sup>1/2</sup>, März-April 5<sup>1/2</sup>, Mai-Juni 5<sup>1/2</sup>, Juli-August 5<sup>1/2</sup>. Alles Verkaufspreise.

**Liverpool**, 18. Jan. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umtas 7.000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Unverändert.

Mittel. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5<sup>1/2</sup>, März-April 5<sup>1/2</sup>, Mai-Juni 5<sup>1/2</sup>, Juli-August 5<sup>1/2</sup>, Berl. August-Sept. 5<sup>1/2</sup> d. Veräußerpreis.

**Newyork**, 17. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 9<sup>1/2</sup>, do. in New-Orleans 9<sup>1/2</sup> Raff. Petroleum Standard white in New-York 5.30, do. Standard white in Philadelphia 5.25 Gd. Rothes Petroleum in New-York 5.35, do. Pipeline Certificates, pr. Februar 53. Stettig. Schmalz loko 11.05, do. Rothe u. Brothers 11.45. Buder (Fair refining Muscovad) 3<sup>1/2</sup>. Mais (New) p. Jan. 52<sup>1/2</sup>, p. Febr. 53<sup>1/2</sup>, p. Mai 53<sup>1/2</sup>. Rothes Winterweizen off 82<sup>1/2</sup>, Kaffee Rio Nr. 7, 17<sup>1/2</sup>. Mehl (Spring clear) 3.00. Getreidefracht 1<sup>1/2</sup> — Kupfer 12.00—12.50. Rothes Weizen pr. Jan. 80, vor Febr. 81, vor Mai 84<sup>1/2</sup>, vor Juli 85<sup>1/2</sup>. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 16.40, p. April 16.10.

**Chicago**, 17. Jan. Weizen vor Januar 76<sup>1/2</sup>, vor Mai 82, Mais vor Januar 43. Spec short clear —. Vorst vor Januar 18.07<sup>1/2</sup>.

**Newyork**, 18. Jan. Weizen 1<sup>1/2</sup> Jan. 79<sup>1/2</sup> C., 1<sup>1/2</sup> Februar 80<sup>1/2</sup> C.

**Berlin**, 19. Jan. Wetter: Starker Frost.

### Fonds- und Aktien-Börse.

**Berlin**, 18. Jan. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zum Theil etwas abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht unauffällig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwidelt sich das Geschäft im allgemeinen ruhiger, gewann aber für einige Hauptdevisen bei Gelegenheit einiger Schwankungen etwas größeren Belang. Im Verlaufe des Verkehrs erschien die Haltung etwas festigt, doch trat bald wieder eine Ermattung hervor; der Börsenschluss war ruhig. Der Kapitalsmarkt wies ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen auf, bei mäßigen Umsätzen. Deutsche Reichs- und preußische konföderale Anleihen waren fest und ruhig, 3<sup>1/2</sup> proz. Konsole etwas besser. Fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand zumeist behaupten; Italiener schwächer, Russische Anleihen wenig verändert. Noten unter kleinen Schwankungen etwas abgeschwächt, ungarische 4 proz. Goldrente behauptet. Der Privatdiskont wurde mit 1<sup>1/2</sup> Prozent notiert. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien mögig lebhaft und nach einer Befestigung schließlich wieder in schwacher Haltung um; Lombarden fester, andere österreichische Bahnen abgeschwächt; Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen behauptet. Inländische Eisenbahnaaktien wenig verändert und ruhig, Marienburg-Mlawka und Lubed-Büchen schwach. Banknoten in den Kasinowerten ziemlich behauptet und ruhig; die spekulativen Devisen setzten durchschnittlich etwas schwächer ein und erholten nach einer Befestigung weitere Rückgänge; Diskonto-Kommandit, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile und Antien der deutschen Bank lebhafter. Industriepapiere ziemlich fest, aber ruhig. Montanwerthe nach feststem Beginn erwartend.

### Produkten-Börse.

**Berlin**, 18. Jan. In Newyork ist der Preis für Weizen gestern um 1 C. gewichen. An der heutigen Getreidebörsen war das Geschäft in Weizen heute sehr klein, die Preise gaben um 1/2 M. nach. Roggen stellte sich bei mäßigen Umsätzen um 1/2 M. niedriger. Die Mühlen bleiben als Käufer im Markt. Hafer war fast umsatzlos und nominell unverändert, Roggen-

mehr in sehr fester Haltung bei ziemlich lebhaften Umsätzen. Das Angebot ist zurückhaltend und momentlich von außerhalb sehr gering. Bei dem strengen Froste leiden die Mühlen meist an Wassermangel Rübböl bei stiller Geschäft etwas feister. Spiritus war in Folge der ungünstigen Dezember-Statistik in schwacher Haltung; doch verhinderten einige Deckungen einen starken Rückgang, so daß die Preise nur 20 Pf. nachgaben. Der Schluss des offiziellen Verkehrs war schwach bei wenig veränderten Preisen. Von London wird Thauwetter und Regen, von Liverpool ein Rückgang des Weizenpreises um 1/2 M. gemeldet.

Weizen (mit Ausschluß von Kaufweizen) per 1000 Kilogr. Loto still. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Loto 128 bis 139 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 135 M., inländischer 154 M. vor diesen Monat —, vor März-April —, vor April-Mai 160—159 bez., vor Mai-Juni 161.5—160.5 bez., vor Juni-Juli 163—162.5 bez., vor Juli-August —.

Roggen vor 1000 Kilogr. von schwaches Angebot. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — Loto 128 bis 139 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 135 M., inländischer 154 M. vor diesen Monat —, vor März-April —, vor April-Mai 140.5—140 bez., vor Mai-Juni 141.5 bez., vor Juni-Juli 142—141.5 bez.

Gerste vor 1000 Kilogramm Wenig Kauflust. Große und kleine 138 bis 172. Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm. Loto wenig belebt. Termine unverändert. Gefünd. — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loto 136—160 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Bomm. mittel bis guter 137—142 bez., seiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 138—143 bez., seiner 144—149 bez., vor diesen Monat 142 M. vor Januar-Februar —, vor April-Mai 141—140.5 bez., vor Mai-Juni 141.5 bez., vor Juni-Juli 142.5 bez.

Mais vor 1000 Kilogramm. Loto sehr wenig Kauflust. Termine niedriger. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Loto 124—136 M. nach Qual., vor diesen Monat 125.5 M., vor April-Mai 113 M., vor Mai-Juni —, vor Juni-Juli —.

Erbien p. 1000 Kilogr. Kochware 160—205 M. nach Qual., Futterwaare 132—150 M. nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto incl. Sac. Termine fest. Gefündigt — Sac. Kündigungspreis — M. Loto 18.5 bez., vor Febr.-März —, vor April-Mai 18.6—18.55 bez.

Rübböl per 100 Kilogr. mit Fab. Still. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Loto mit Fab. —, ohne Fab. —, vor diesen Monat — M. vor April-Mai und vor Mai-Juni 49.5—49.6 bez.

Petroleum ohne Handel.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac per diesen Monat 18.50 M.

Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sac per diesen Monat 10 M.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. Per diesen Monat 18.50 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10.000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fab. 52 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10.000 Proz. nach Tralles. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Loto ohne Fab. 52 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Wenig verändert, Gefünd. — Liter. Kündigungspreis — M. Loto mit Fab. —, vor diesen Monat 31.6—31.7 bez., vor Jan.-Febr. 31.6—31.7 bez., vor März-April —, vor April-Mai 32.5—32.9—32.8 bez., vor Mai-Juni 32.9—32.2—33.1 bez., vor Juni-Juli 33.7 bez., vor Juli-August —, vor August-September 34.5—34.8—34.7 bez.

Weizen u. rog. Nr. 00 22.5—20.5 bez., Nr. 0 20.25—17.75 bez. Feine Marken über Rottiz bezahlt.

Roggemehl Nr. 0 u. 1 18.5—17.5 bez., bo. feine Marken Nr. 0 u. 1 19.5—18.5 bez. Nr. 0 1.50 M. höher als Nr. 0 u. 0 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4<sup>1/2</sup> M. 100 Rub. ■ 320 M. 4 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 4 Gulden holl. W. — 1 M. 70 Pf. 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v. 18.Jan.	Brnsch.20T.L.	—	104,80 bz.	Schw. Hyp.-Pf.	4 <sup>1/2</sup>	102,50 B.	Wrsch.-Teres.	5	Rchb Gold-Prior.	4	Pr.Hyp.-B.I.(rz.120)	4 <sup>1/2</sup>	Bauges. Humb...	6	126,75 G.	
Amsterdam... 21/2 8 T.	168,75 G.	Cöln-M. Pr.-A.	3 <sup>1/2</sup>	133,00 G.	Serb.Gld.-Pfd.	5	84,25 G.	—	Südöst.- B. (Lb.)	3	63,70 - G.	do. do. VI.(rz.140)	5	Monbit .....	8	131,60 G.
London ... 3	20,35 bz.	Dess. Präm.-A.	3 <sup>1/2</sup>	—	do. Rente....	5	77,60 bz G.	do. do. VII.(rz.140)	4	102,30 bz G.	do. do. VII.(rz.140)	4	Passage .....	3 <sup>1/2</sup>	65,10 G.	
Paris... 2 <sup>1/2</sup> 8 T.	81,45 B.	Ham. 50 T.-L.	3 <sup>1/2</sup>	136,90 G.	do. neue 85	5	77,40 bz	do. do. VIII.(rz.140)	3	97,50 bz G.	U. d. Linden...	0	30,50 bz G.			
Wien ... 4	168,65 G.	Stockh.Pt. 65.	4 <sup>1/2</sup>	130,75 bz	Stockh.Pt. 65.	4 <sup>1/2</sup>	102,70 bz</td									